

**Bürgermeisterin Wally Feiden, Bad Honnef**  
**Rede zur Einbringung des Haushalts**  
**Ratssitzung am 12.02.2009**

„Wer eine lange Haushaltsrede hält, dem sind auch alle anderen politischen Gemeinden zuzutrauen“, hat einmal ein Kollege formuliert. So hatte ich mir vorgenommen, in diesem Jahr sehr sparsame Bemerkungen zum Haushalt 2009 zu machen. Aber wieder einmal kam es anders als gedacht. Dieser Haushalt ist in höchstem Maß erklärungsbedürftig.

Die gute Nachricht vorweg: Im Haushaltsentwurf 2009 sind keine Steuer- oder Gebührenerhöhungen vorgesehen. Die schlechte Nachricht gleich hinterher: Ein Ausgleich konnte auf Grund der im Folgenden zu erörternden Faktoren zu diesem Zeitpunkt nicht dargestellt werden.

Auf Basis der Orientierungsdaten 2009 – 2012 für die Haushalts- und Finanzplanung der Gemeinden des Landes NRW wurden insbesondere die städtischen Steuern, die Zuwendungen und die allgemeinen Zulagen ermittelt. Den Berechnungen des Landes wiederum liegen die Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der Steuerschätzung vom Mai 2008 zugrunde.

Nach den aktuellen Wirtschaftsprognosen ist jedoch von einem Abkühlen der Konjunktur auszugehen. Die steuerlichen Erträge waren daher eher vorsichtig einzuschätzen. Dieser Erkenntnis habe ich insbesondere bei der Veranschlagung der Gewerbesteuer Rechnung getragen.

2008 habe ich den zweiten Haushalt nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements eingebracht. Demnach wurde ein fiktiver Haushaltsausgleich gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW erreicht. Damit konnten wir die Haushaltssicherung und den Nothaushalt verlassen. Dennoch ist der Rat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept bis zum Jahre 2011 fortgeschrieben und so eine weiterhin restriktive Ausgabenpolitik sichergestellt.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen haben sich dann im Verlauf des Haushaltsjahrs 2008 insgesamt verbessert. In Bad Honnef verlief diese Entwicklung nach derzeitiger Hochrechnung besonders positiv. Folgende Faktoren trugen dazu bei: ein erheblicher Anstieg der Schlüsselzuweisungen, steigende Gewerbesteuerleistungen und Sonderausschüttung durch die BHAG auf der Ertragsseite, auf der Aufwandseite eine Reduzierung vor allem durch den Wegfall der Jugendamtsumlage sowie die sparsame Veranschlagung des übrigen Aufwands nach den Vorgaben des Nothaushalts.

In Zahlen: Das tatsächliche Gewerbesteueraufkommen in 2008 übersteigt die Plandaten um ca. 2,7 Mio. €. Beim Aufwand zeichnet sich eine voraussichtliche Verbesserung von ca. 700.000 € ab – bei einem ohnehin eng gehaltenen Haushalt wahrlich kein Pappentiel. Aus heutiger Sicht wird daher nicht nur der strukturelle Ausgleich für das Haushaltsjahr 2008 erwartet, sondern auch ein stattlicher Jahresüberschuss.

Es ist sicher eher unüblich, bei der Einbringung des neuen Haushalts so relativ ausführlich auf den vorangegangenen einzugehen. Bekanntlich wird der neue Haushalt noch im alten Jahr - in normalen Zeiten, also ohne die Verzögerungen durch die Umstellungsschwierigkeiten auf das NKF-System –aufgestellt und zwar auf Basis der Planzahlen dieses und der Ist-Zahlen des davor liegenden Jahres. Wie wiederholt erörtert, konnte die Verwaltung jedoch wegen der noch nicht geprüften Eröffnungsbilanz den Jahresabschluss des ersten NKF-Jahres 2007 nicht rechtzeitig und auch heute noch nicht vorlegen.

Dazu in aller Kürze nochmals die Gründe: Die örtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz wurde inzwischen abgeschlossen. Das Ergebnis liegt jedoch noch nicht vor. Korrekturen an den Vermögenswerten durch die Prüfer sind grundsätzlich nicht auszuschließen. Sie hätten jedoch Einfluss auf die Abschreibungen und damit auf das Ergebnis des ersten NKF-Haushalts. Der Abschlussbericht der Prüfer über die Eröffnungsbilanz ist für März zugesagt. Sobald er vorliegt, werde ich zügig - wahrscheinlich also Ende März - den Jahresabschluss 2007 mit den eventuellen Auswirkungen der geprüften Eröffnungsbilanz dem Rat zuleiten. Die Abschlussarbeiten für 2007 mussten also so lange zurückgestellt werden. Solche aus der Praxis der NKF-Umsetzung entstandenen Probleme werden landesweit beobachtet und treten durchgehend für das erste NKF-Jahr auf. Danach pendelt sich der normale Jahresrhythmus sicher auch in Bad Honnef wieder ein.

Während in anderen Kommunen - auch des Rhein-Sieg-Kreises - diese missliche Situation von den Räten mitgetragen wird, glaubt eine Fraktion unseres Rats daraus ein einzigartiges Versagen der Bürgermeisterin konstruieren zu müssen.

Das bittere Resultat für mich aus diesen nicht selbst verschuldeten Schwierigkeiten und damit verbundenen Zeitverzögerungen: Das gemäß Hochrechnung wesentlich verbesserte Jahresergebnis 2007 konnte in den Planzahlen des Haushaltsentwurfs 2009 nicht berücksichtigt werden. Und dadurch kann zurzeit kein Ausgleich dargestellt werden.

Ein Haushaltssicherungskonzept für die Stadt Bad Honnef ist jedoch für diesen Haushaltsentwurf nicht erforderlich. Dennoch habe ich für das Haushaltsjahr 2009 ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufgestellt.

Bis zur Verabschiedung des Haushalts 2009 kann jedoch durch Vorlage des Jahresabschlusses 2007 der fiktive Haushaltsausgleich erreicht werden. Denn die Hochrechnung (Ergebnisrechnung) weist eine Reduzierung des ursprünglich ausgewiesenen Jahresfehlbedarfes um mehr als 1,7 Mio. € ( von geplanten 4.718.374 €) aus. Das führt zu einem geringeren Verzehr der Ausgleichsrücklage und somit zu einem Haushaltsausgleich gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW. Die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage entfällt dann völlig. Keiner konnte und kann also ein größeres Interesse an einem zügigen Jahresabschluss 2007 haben als ich. Ich habe jedoch die Vorgaben und Rahmenbedingungen einzuhalten sowie mit der realen personellen Situation zu leben.

Sie werden es mir sicher glauben, dass ich angesichts dieser aus der NKF-Umstellung resultierenden Lage durchaus mit dem Gedanken gespielt habe, den Haushalt 2009 noch nicht einzubringen. Da jedoch mit einem späteren Zeitpunkt der geplante Kommunalwahltermin immer näher gerückt wäre, habe ich mich mit der Kämmerin zur Beibehaltung des Termins durchgerungen.

Neben diesen jedenfalls aktuell nicht befriedigenden Nachrichten folgt jetzt eine sehr erfreuliche: Erstmals konnte im Haushaltsjahr 2008 der Kassenaltfehlbetrag abgebaut werden. Der Kassenaltfehlbetrag für 2008 – das heißt die Summe der Fehlbeträge seit 2003 - bleibt jetzt unter 10 Millionen € (9.836.759 € = Stand: 31.12.2008). Dies ist gegenüber dem zum 31.12.2007 ermittelten Kassenaltfehlbetrag in Höhe von rund 13,6 Millionen € (13.593.985 €) eine Verbesserung von fast 4 Millionen € (3.757.226 €). Während für 2009 und 2010 dieser Fehlbedarf nach gegenwärtiger Lage wieder auf 12 Millionen € ansteigen wird, ist für die Jahre 2011 und 2012 erneut mit einer Reduzierung auf dann 7,9 Millionen € zu rechnen. Dieser Abbau ist nur zu erreichen, wenn der Rat auch wiederum meinem Vorschlag folgt und ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufstellt. Diese Fortsetzung meines eisernen Sparkurses ist auch ausdrücklich von der Bezirksregierung in den Beratungsgesprächen zur Haushaltskonsolidierung begrüßt worden.

Der Haushalt weist dennoch eine formale Personalkostensteigerung um 468.000 € auf. Das hat folgende Ursachen:

1. Die Tarifierhöhung von 2,8 % plus Einmalzahlung
2. Notwendige Einstellungen beim Bau- und Betriebshof infolge Altersteilzeit
3. Nachbesetzungen erst im Laufe des vergangenen Jahres nach Stellenwechsel zum Jugendamt
4. Zusätzlicher Personalaufwand für die EDV-Betreuung durch NKF und Jugendamt
5. Tarifbedingte Höherstufungen
6. Gestiegene Versorgungsaufwendungen einschließlich Beihilfekosten

Zieht man diese Steigerungen in Betracht, war ein besseres Ergebnis unter den strukturellen Gegebenheiten beim besten Willen nicht zu erzielen. Das schließt weitere gemeinsame Anstrengungen zur Personalkostenreduzierung jedoch nicht aus. Hier muss gegengesteuert werden, keine Frage.

Schon im Frühjahr 2008 habe ich daher eine Projektgruppe zur Reduzierung der Personalkosten eingesetzt mit der klaren Aufgabenstellung, die Organisationsstruktur nach Aufbau und Ablauf an die Systematik des NKF anzupassen. Nur so kann NKF das leisten, was sich vor allem die Politik davon verspricht, und nur so können wir die Effektivität in der Verwaltung optimieren und Personalkosten und –entwicklung besser steuern. Die erste Phase dieser verwaltungsinternen Konsolidierungsbemühungen – Anpassung der Aufbauorganisation an die Vorgaben des NKF – ist abgeschlossen. Damit wird deutlich, wohin wir wollen und müssen. Der notwendige Anpassungsprozess wird zügig, aber nicht mit der Brechstange vorgenommen. In der zweiten Phase wird unter breiter Beteiligung der Fachbereiche die Ablauforganisation untersucht. Die Ergebnisse müssen schließlich mit externer Beratung und Unterstützung in ein realistisches Umsetzungskonzept einmünden. Ich bin sicher, dass wir durch

Optimierung der Strukturen Synergien erreichen, die dann zur Entlastung des Personalhaushalts führen.

Aber schon drohen neue Herausforderungen: Es ist noch nicht klar absehbar, wie sich die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie der EU (DLR EU) auswirken wird. Wir wissen aber, dass sie bis zum Jahresende abgeschlossen sein muss. Noch laufen die Gespräche im Kreis und der Region. Auch wenn der in der DLR geforderte einheitliche Ansprechpartner nicht bei der Kommune angesiedelt sein wird, sind doch im Rathaus umfangreiche organisatorische Maßnahmen zu treffen, die nicht ohne Auswirkung auf den städtischen Haushalt bleiben werden. Und keiner kann uns Bürgermeistern wirklich sagen, worin der Mehrwert für die Bürgerschaft oder die Kommunen besteht.

Noch nicht genug damit, wirft der Micro-Zensus 2011 schon seinen Schatten voraus. Die Änderungen im Melde- und Personenstandswesen haben wir gerade erst hinnehmen müssen. Auch sie haben sich nicht ohne Ausweitung einer Teilzeitbeschäftigung verkraften lassen.

Daneben muss ich festhalten: Viele Kommunen haben zur Umstellung auf das NKF-System zusätzliches Personal eingestellt und mit externer Unterstützung gearbeitet. Bad Honnef hat diese immense Arbeit aus eigener Kraft stemmen müssen. Erst in den letzten Monaten des vorigen Jahres konnte die Buchhaltung, die nun dank NKF laufend einen wesentlich höheren Buchungsaufwand zu bewältigen hat, verstärkt werden. Die Kosten schlagen erst in 2009 voll durch.

Auch die Erhöhung der Kreisumlage von fast 8 Millionen € (7.965.800 €) in 2008 auf über 8.2 Millionen € (8.228.500 €) im Haushaltsjahr 2009 ist zu verkraften. Der Anstieg der Steuerkraft sowohl im Rhein-Sieg-Kreis als auch bei der Stadt Bad Honnef ist ursächlich für die Erhöhung der Kreisumlage.

Allerdings entfällt die Jugendamtsumlage, die sich bei einer fiktiven Berechnung auf der Basis der derzeitigen Umlagegrundlagen der Stadt Bad Honnef sowie dem Umlagesatz des Kreises für 2009 in Höhe von rd. 5,3 Mio. € belaufen würde. Die planmäßige Berechnung der Erträge von rd. 3,2 Mio. € sowie der Aufwendungen von ca. 7,0 Mio. € ergeben für das eigene Jugendamt Kosten in Höhe von rd. 3,8 Millionen €. Das Delta zwischen fiktiver Umlage und tatsächlichen Kosten für das eigene Jugendamt stellt sich ein rechnerischer Vorteil in Höhe von ca. 1,5 Mio. € dar.

Die Gewerbesteuer, das unberechenbare Wesen, hängt von den Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung, örtlichen und betrieblichen Gegebenheiten ab. Auf Grund der gegenwärtigen Unwägbarkeiten wurde der Ansatz für das Haushaltsjahr 2009 wie im Vorjahr mit 5,0 Millionen € geplant, obwohl in 2008 dann eine deutliche Verbesserung des Ertrages auf 7,7 Mio. € zu verzeichnen war. Da ursächlich für diese Steigerung auch Gewerbesteuernachzahlungen von rd. 1,5 Mio. € waren, wurde im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung diese vorsichtige Veranschlagung für 2009 vorgenommen.

Wegen erheblicher Gewerbesteuereintrübe schon seit Mitte der 90er Jahre, die schließlich zur Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten in den Haushaltsjahren

2003 – 2007 und sogar zum Abrutschen in den Nothaushalt mitverantwortlich waren, erhält Bad Honnef seit 2007 wieder Schlüsselzuweisungen. Die maßgeblichen Grundlagen des Landes ergeben die Einplanung von etwas über 3 Millionen € (3.033.400 €). Die Ansatzprognose für das Planjahr 2009 in den Plandaten für 2008 sah noch einen Betrag von 4,5 Millionen € (4.507.696 €) vor. Hier führt das starke Steueraufkommen im Jahr 2008 in Bad Honnef schon wieder zur Absenkung.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer schließlich zeigt gemäß Orientierungsdaten eine Erhöhung um 385.400 € auf rund 11,2 Millionen € (11.168.800 €) für das Haushaltsjahr 2009.

Trotz der Unterdeckung müssen die Weichen für die Zukunft entsprechend gestellt werden. So führten in Fortsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit vor allem im Gebäudemanagement und beim Bauhof weitere Synergien zu guten Ergebnissen, die sich beim Aufwand positiv bemerkbar machen. Die Straßenanbindung über den Drieschweg an die B 42 schlägt allerdings negativ zu Buche, ist aber politisch gewollt. Doch auch bei Sach- und Dienstleistungen mussten mehr Mittel bereit gestellt werden, um die Grundlagen für eine fundierte Stadtentwicklungspolitik zu schaffen. So werden wir für Bad Honnef ein umfassendes Einzelhandels- und Zentrumskonzept aufstellen. Dafür brauchen wir externe professionelle Unterstützung. Die Statistik zeigt, dass die Stadtmitte einen deutlichen Bevölkerungsschwund erleidet, den die Ränder (Aegidienberg, Selhof und bedingt auch Rhöndorf) mit ihrem leichten Wachstum nicht wettmachen können. Das ist nach Beobachtungen und Aussagen führender Institute atypisch. Die Ursachen sind zu analysieren. Ich habe daher, und um die Entwicklung insgesamt auf den demographischen Faktor abzustimmen, eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die Kompetenzen der Fachbereiche gebündelt sind. Die zahlreichen Daten und Handlungskonzepte aus Kreis, Land und auch aus unserer Stadt müssen durch Auswertung nutzbar gemacht werden und Wege aufzeigen, wie die Notwendigkeit vom quantitativen auf ein qualitatives Wachstum zu meistern ist. Das heißt, hier sollen die Weichenstellungen und Entscheidungsgrundlagen für die Politik erarbeitet werden, die rechtzeitig einbezogen wird.

Unabhängig von diesen strategischen Ausrichtungen schlägt sich im Haushalt auch nieder, was wir an notwendigen Infrastrukturverbesserungen schon jetzt planen: verkehrssicherer Ausbau der Linzer Straße, Schaffung von 60 bis 80 Wohneinheiten am Floßweg, Abschaffung der Hinterhof-Atmosphäre am Saynschen Hof bei gleichzeitigem Gewinn an Geschäfts- und Parkflächen, Beplanung des Postgeländes, das einmal den notwendigen Frequenzbringer für die Innenstadt aufnehmen, aber auch die lebenswichtige Scharnierfunktion zwischen Bahnhofstraße und Fußgängerzone/Markt darstellen soll. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II kommen uns für infrastrukturelle Verbesserungen gerade Recht, aber reichen bei weitem nicht zur Erfüllung aller Erwartungen.

Es ist mein Ziel, für den Ausbau des Tourismus oder auch der Tagungs-Gesundheitsstadt sehr viel mehr Geld in die Hand zu nehmen. Das ist notwendig, wenn wir durch Gäste die Stadt beleben und attraktiver machen wollen. Daher arbeite ich mit aller Macht am Abbau der Altlasten durch Schulden und Altfehlbeträge, um endlich

wieder mit gewonnener Liquidität das Heft in die Hand bekommen und unsere Stadt zukunftsfähig gestalten können.

Ich bitte Sie, diese Maxime in den Beratungen Ihrer Fraktionen zu berücksichtigen und den Haushalt für 2009, der sich bis zur Verabschiedung noch positiver entwickeln wird, anzunehmen. Ich weiß, dass die Versuchung gerade in Wahljahren für manches Ratsmitglied groß ist, den Haushalt der Bürgermeisterin abzulehnen. Ein Haushalt, der nicht von einer Ratsmehrheit beschlossen wurde, würde jedoch zu sehr rigiden Genehmigungszwängen führen, die der Stadt durch drastische Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten sehr schaden würden. Ich appelliere daher an Ihr Verantwortungsbewusstsein. Handeln wir gemeinsam zum Wohle unserer Stadt !